

# Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Wilsdruff liegt mit Ausnahme der Gasse und Festung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt bei Vorbestellung monatlich 4 Mk., bei sonstiger Bestellung 5 Mk. in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk. Durch die Post kommen vierteljährlich 13,50 Mk., halbjährlich 26,00 Mk., jährlich 50,00 Mk. (Postgebühren und Porto) in Rechnung zu bringen. Alle Postgebühren und Porto sind von den Abonnenten zu zahlen. Bei Abnahme von mehreren Exemplaren werden besondere Bedingungen aufgestellt. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die erste Zeile, 1/2 Mk. für die zweite Zeile, 1/3 Mk. für die dritte Zeile, 1/4 Mk. für die vierte Zeile, 1/5 Mk. für die fünfte Zeile, 1/6 Mk. für die sechste Zeile, 1/7 Mk. für die siebte Zeile, 1/8 Mk. für die achte Zeile, 1/9 Mk. für die neunte Zeile, 1/10 Mk. für die zehnte Zeile. Bei längerer Dauer der Anzeigen werden besondere Bedingungen aufgestellt. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 52.

Donnerstag den 3. März 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

Freitag den 4. März 1921 vormittags 10 Uhr sollen im Versteigerungsraum des hiesigen Amtsgerichts gebrauchte Hemden, Unterhosen, Handschuhe, Strümpfe, Hüte, Lederstühle usw. gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Wilsdruff, am 2. März 1921. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Ankunft der deutschen Delegation in London ist ohne Zwischenfall erfolgt.
- Der vom Reichskabinett angestellte sogenannte Sparjournaldirektor, Dr. Carl, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht, da er sich den Ämtern gegenüber nicht durchsetzen konnte.
- Im Reichswirtschaftsrat wurde das Reichsmietengesetz angenommen.
- Einer Neutermelbung zufolge erklärte der neue amerikanische Marineattaché Deuby, das Ziel der neuen amerikanischen Regierung werde sein, eine amerikanische Flotte zu bauen, an die keine andere Flotte der Welt heranreicht.
- Der deutsche Vorkämpfer in Tokio, Dr. Solf, hat dem japanischen Kronprinzen, der den Kaiser vertritt, sein Beurlaubungsgesuch überreicht.

## Präsidentenwechsel in Amerika

Präsident Wilson wird in wenigen Tagen das Weiße Haus in Washington verlassen müssen. Noch niemals in der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten hat ein so ungeheures Strafgericht einen Mann ereilt, der sich während zweier Wahlperioden als das Oberhaupt dieser freien und stolzen Nation betrauten durfte, wie dieser Universitätsprofessor, der als eine Art neuer Heiland das Schicksal der Völker in seine Hand nehmen wollte und schließlich an seinem Starrsinn, seiner Unbelehrbarkeit, seinem Gelehrtenbüdel alles gescheitert ist — um schlimmere Eigenschaften, die ihm diesseits wie jenseits des Großen Wassers nachgesagt werden, in diesem Augenblick, da er sein Mängel schnüren muß, nicht hinzuzufügen. Das Unrecht, das dieser Mann am deutschen Volk begangen hat, ist niemals wieder gut zu machen. Ihn persönlich haben zwar alle unabhängig denkenden Amerikaner verworfen. Für sie ist er ein toter Mann; und ob es geduldet werden wird, daß er seine frühere Tätigkeit als Hochschullehrer wieder aufnimmt, als wenn nichts geschehen wäre, seitdem er den Professor mit dem Präsidentenstuhl vertraut hatte, das ist noch eine offene Frage. Die ganze Wucht seiner Verantwortung sollte ihn eben jetzt zu vernichten beginnen, wo er ihrer ledig geworden ist. Die Verderblichkeit der Wilson-Noten wird jedenfalls das deutsche Volk niemals aus seinem Gedächtnis verlieren. Als Herr Wilson das Präsidentenamt übernahm, fand er das Land in gedrücktem Zustand, fast ohne Schulden und ohne einen Feind in der Welt. Doch bei seinem Ausscheiden am 4. März ist das Bundesbankrott bankrott, eine ungeheure Kriegsschuld entstand, das Volk uneinig und entgegen und ohne einen Freund unter allen Völkern. So wird die augenblickliche Lage der Vereinigten Staaten in deutsch-amerikanischen Blättern gezeichnet, die ja ungefähr wissen, wie es mit ihrem Lande steht. Die Zeitungen wissen sich des Ansturms von Enttäuschungs- und Abwehrungen gegen diesen Mann kaum noch zu erwehren. Und wenn drüben von Wiedererwählung die Rede ist, so denkt man jetzt ungleich häufiger an die eigene Schuld, die durch Americas Teilnahme am Weltkrieg entstanden ist, als an die Lage, in die Deutschland durch den Vertrag von Versailles oder durch den Pariser Vertrag, wie man sich drüben, in der Rück Erinnerung an Wilsons 14 Punkte, immer häufiger ausdrückt, geraten ist. Und Herr Harding, der Nachfolger Wilsons, wird unablässig bemüht, in Wort und Schrift, in gebundener und ungebundener Rede, mit der unseligen Erbschaft, die er vorfindet, so rasch und so gründlich wie nur möglich aufzukommen. Eher werde es seinen wahren Frieden auf der Welt geben, auch nicht für das Volk von Nordamerika.

Wer der neue Präsident wird, wohl die Lage, die ihn erwartet, weniger sentimental beurteilen. Er wird für seinen Vorgänger, der Öffentlichkeit gegenüber, nur Worte des Dankes und des Lobes finden, wie das halt so üblich ist, wenn irgendein Regierungschef von einer Hand in eine andere übergeht. Er wird nicht leugnen, daß auch die Neue Welt sich in einer bedenklichen Wirtschaftskrise befindet, und daß die Erde, im ganzen genommen, gegenwärtig einen sehr unerschrockenen Anblick darbietet. Aber es wird ihm nicht im Traume einfallen, für diesen Zustand der Dinge etwa die Wilson-Politik verantwortlich zu machen oder auch nur der Nachkriegspolitik der Entente eine schlechte Beurteilung auszusprechen. Wie weit er überhaupt gekommen ist, neue Wege einzuschlagen, und wie weit, falls er es wirklich tun wollte, die in Amerika wirklich regierenden Mächte ihm erlauben würden, es zu tun, davon kann man sich heute noch gar keine Vorstellung machen. Das Kabinett, das er gebildet hat, um am 4. März die Fäden der Regierung ergreifen zu können, bietet keinerlei Rechtfertigung für irgendwelche besondern Hoffnungen; es umfaßt einen Kreis von Amerikanern, selbstverständlich, die keine andere als amerikanische Interessen vertreten werden, und denen die europäischen Fragen durchaus nicht an

einer Stelle stehen. Sie werden manches anders machen, als die Vertrauensmänner des Herrn Wilson es gemacht haben, dabei aber keinen Augenblick vergessen, daß sie berufen sind, ihr eigenes Land in Ordnung zu bringen. Für Weltbeglückungspläne nach Art Wilsons werden sie nicht zu haben sein.

Doch dürfen wir eines immerhin feststellen: Werden sie die deutsche Frage anders ansehen und anfasseln als ihre Vorgänger, so werden sie auch die andern europäischen Fragen, an denen unsere europäischen Gegner in erster Reihe beteiligt sind, nicht in dem Maße als eigene Angelegenheiten behandeln, wie es unter Wilson geschehen ist. Dem Nutzen der Entente-Staaten stehen sie wesentlich fähler gegenüber, als es Engländern und Franzosen lieb ist, eine Tatsache, die in den bevorstehenden kritischen Tagen von London vielleicht schon einwirken zu unsern Gunsten ins Gewicht fallen wird.

## Konferenzbeginn in London.

Eine englische Note.

Am Dienstag vormittag haben in London die Verhandlungen der deutschen Delegation unter Führung des Reichsaußenministers Dr. Simons mit den Vertretern der Entente begonnen. Vorher fand im St. James-Palast ein Empfang durch den König von England statt. Zu dem Konferenzbeginn veröffentlicht die englische Regierung folgende Note:

In Verfolg der Unterhaltungen, die zwischen den Premierministern stattfanden, und der wichtigen Informationen, die Lloyd George durch den englischen Botschafter in Berlin, Lord Aberdeen, über die Lage in Deutschland gegeben wurden, wird die Haltung der Alliierten bei der Konferenz sehr fest sein. Lloyd George und Briand haben beschlossen, sehr energisch die Zahlung der Wiedergutmachungen seitens Deutschlands zu fordern. Obgleich sie geneigt sind, die Argumente und Vorschläge des Ministers Simons anzuhören, wird keiner von ihnen auf Grund der Informationen, die sie besitzen, wichtige Konzeptionen an die Deutschen machen.

Interessant ist die Haltung der Londoner Presse. Während die „Daily Mail“ die Ankunft der Deutschen mit einer ganzen Begeisterung begrüßt und dazu sogar das einjährige Annullationsprogramm des Grafen Noot im Herrenhause ausgräbt, mahnt die „Daily News“ dringend zur Besonnenheit und zur Achtung vor den nackten Tatsachen. Der „Manchester Guardian“ befürwortet zwar das Festhalten an den Pariser Summen, aber eine Minder- oder ein Nachlassen der Zinsen. Sowohl die „Morning Post“ wie die „Westminster Gazette“ wenden sich gegen das Verfahren, schwierige Finanzfragen durch theoretische Konferenzen lösen zu wollen, die sich inmitten einer erregten Öffentlichkeit abspielen. Die „Gazette“ hebt auch die Torheit hervor, nur über die Zahlungsform, nicht aber über die Zahlungsshöhe verhandeln zu wollen, da beide voneinander abhängen. Gegenüber den französischen Strafordrungen, „Art das Blatt, daß der Geist unter Nachbarschaft wacherehnen müsse. Nicht nur der Krieg selbst, sondern auch der Krieg nach dem Kriege habe schon viel zu lange gedauert. Der Gedanke, Wiederanbau der zerstörten Gebiete durch Deutschland selbst, findet in der ganzen Presse Beifall.

## Das Reichsmietengesetz.

Konflikt im Reichswirtschaftsrat.

Im Reichswirtschaftsrat kam es bei der zweiten Lesung des Reichsmietengesetzes zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Nach der Annahme eines Antrages des Abg. Bissell zum § 1, der eine Überschreitung der gesetzlichen Miete verhindern will, verließen zahlreiche Arbeitgebervertreter den Saal. Nach einer längeren Erörterung wurde bei der Abstimmung nach Gruppen das Reichsmietengesetz von den Arbeitnehmern angenommen, von den Arbeitgebern abgelehnt, im ganzen dann mit 96 gegen 45 Stimmen angenommen. Als Zusatz zum Reichsmietengesetz wurde beantragt, daß der Reichswirtschaftsrat in einer Entschließung die Erwartung aussprechen soll, daß aus dem eben beschlossenen Gesetz den Gemeinden keine neuen finanziellen Lasten entstünden. Der Vertreter des Justizministeriums, Ministerialrat Brandis, bekräftigte, daß die Reichsregierung selbst in Beratungen mit Sachverständigen damit beschäftigt ist, andere Wege für die Aufbringung der zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Mittel zu suchen, besonders erscheint es möglich durch die durch das Gesetz geschaffene Entlastung der Mietvermittlungsmittel zu schaffen. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

### Handwerkerfragen im Reichstag.

Die Handwerker-Abgeordneten der bürgerlichen Parteien des Reichstages haben das lebhafteste Bestreben, die Handwerkerfragen mehr als bisher in den Vordergrund des allgemeinen Interesses zu rücken. Sie fordern daher, daß in jeder Tagung mindestens ein Tag ausschließlich Handwerkerfragen gewidmet wird.

### Koste zur preussischen Regierungsbildung

In einem längeren Zeitungsartikel tritt Koste für eine Verbreiterung der Koalition in Preußen durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei und dem Reich durch den Eintritt der Sozialdemokratie ein. Der Kosseler Parteibeschluß, der eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ausschließt, ist nach Koste nicht für die Ewigkeit gedacht. Die große Freude der Mehrheitssozialisten über das Wahlergebnis erklärt er für nicht gerechtfertigt. Die bisherige Koalition bildet eine zu schwache Regierungsgrundlage. Die Sozialistische Korrespondenz bemerkt zu diesen Ausführungen: Die Beschlüsse aus den Parteiorganisationen lassen inwieweit erkennen, daß Koste sich selber in dieser Frage von der ganzen übrigen Partei getrennt hat. Vom Rhein bis nach Schlesien gehen die einmütigen Entschlüsse dahin, jede Verbindung mit der Einheitspartei abzulehnen und wenn möglich die alte Koalition aufrecht zu erhalten; wenn nicht, den bürgerlichen Parteien die Bildung zu überlassen. Wir sind gewiß, daß auch die sozialdemokratische Fraktion so entscheiden wird.

### Dröhnender Einmarsch in Bayern?

Aus London wird gemeldet, daß Lloyd George und Briand nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marschalls Foch grundsätzlich beschlossen haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Österreich der 1. April gestellt wird. Bis dahin wird die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt gefordert. Sollte sich die bayerische Regierung weigern, die Entlassung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unabweislich der Einmarsch alliierter Truppen in Bayern erfolgen.

### Nach 180 Kriegsgefangene in Frankreich.

Sechs deutsche Kriegsgefangene, die im französischen Gefangenenlager in Avignon zurückgehalten worden waren, sind in Marseille eingetroffen und an der Präsidentschiff in Empfang genommen worden. Nach Mitteilungen der Zurückgeführten befinden sich noch 180 Deutsche in Avignon in Gefangenschaft.

### „Sieben Kriegsverbrecher.“

Laut Mitteilung des Generalis Attorney im englischen Unterhause hat dieser dem Reichsgericht in Leipzig eine Entschließung über den Prozeß der sieben der deutschen Regierung namhaft gemachten Kriegsverbrecher überreicht. Es ist beabsichtigt, den Prozeß in Leipzig stattfinden zu lassen. Er wird in etwa einem Monat beginnen. Es würden britische Vertreter anwesend sein, um den Verlauf des Prozesses zu verfolgen.

### Rußland.

Ein französischer Hauptmann als Massenmörder. Aus Moskau wird gemeldet, daß Sardoux, der französische Hauptmann, der zu den Bolschewisten übergegangen und in Rußland zurückgeblieben war, am 12. Januar auf Befehl Trotzki in Moskau gefangen gesetzt wurde. Sardoux wird beschuldigt, daß er während der Unruhen im November und Dezember in der Ukraine zirka 2000 Personen habe erschließen lassen.

## Deutscher Reichstag.

(72. Sitzung.)

CB. Berlin, 1. März.

Nach Erledigung einiger kleiner Anträge, die ohne besondere Bedeutung waren, setzte heute das Haus die Beratung über den

### Haushalt des Reichsfinanzministeriums

fort. Die Mehrheitssozialdemokraten haben dazu einen Antrag eingebracht, wonach im Privatdienstvertrag beschäftigte Angestellte bei Reichsbehörden nicht zu dem Zwange entlassen werden sollen, um sie durch nichtbeamtete Arbeitskräfte zu ersetzen und wonach ferner Entlassungen wegen Arbeitsmangels in einer Reihenfolge vorgenommen werden sollen, die den gesetzlichen Bestimmungen der letzten beiden Jahre entspricht.

Abg. Heil (Soz.) wandte sich zuerst gegen den Abgeordneten Heijerich, der sich vergebens bemüht, dem Abgeordneten van den Kerckhoff ein „Beifried“ zu werden, und verlangte sodann vom Reichsfinanzminister Aufklärung über verschiedene Punkte im Reichshaushalt. Wunderbar ist